

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersucht jeder Abnehmer um Vorkauf von Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenhöhe des Textes über dem Raum 15 Pfg., die Spaltenhöhe des Textes unter dem Raum 10 Pfg., die Spaltenhöhe des Textes unter dem Raum 5 Pfg. Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 128

Dienstag, den 29. Oktober 1929

31. Jahrg.

Kirchensteuern

erstes Halbjahr, fällig bis 1. Oktober d. Js., sind nun umgehend zu entrichten.

Der Gemeindefiskusrat

Linkskurs in Frankreich?

Brizard wurde gestürzt, weil man die Ministerpräsidenten dem rechtsorientierten Tardieu in die Hände spielen wollte. Jetzt soll auf Brizard der weit linksorientierte Daladier folgen, — man sieht, Ursache und Wirkung politischer Aktionen stehen häufig nicht im rechten Verhältnis zueinander. Brizard ist gestürzt worden, weil der rechte Flügel seiner Regierungsmehrheit von ihm abfiel. Jetzt kommt der linke Flügel der Kammer, die Radikalsocialisten und die Sozialisten, zur Regierung. Formell und politisch gesehen liegt in dieser Entwicklung allerdings strenge Logik, und die Rechtsopposition, die Brizard stützten, haben offenbar zu wenig überlegt, wie unerwünscht ihnen eine logische Entwicklung der Verhältnisse sein würde. Formell gesehen war unter den Gruppen, die gegen das Kabinett Brizard stimmten, der rechte Flügel seiner alten Mehrheit die schwächste Partei, die Radikalsocialisten mit ihren 125 Mandaten waren die stärkste Partei, und sie mußten also zunächst aufgefördert werden, die Verantwortung für den Regierungskurs zu übernehmen. Politisch gesehen aber bestand zur Sezessionierung der Radikalsocialisten umso mehr Anreiz, als Brizards bisherige Weisheit die Außenpolitik des Ministerpräsidenten nur zögernd und mit Widerstreben überhaupt zugelassen hatte, während diese Politik ihre eigentliche Stärke bei den Radikalsocialisten und den Sozialisten hatte.

Daladier hatte sich Bedenken ausgesprochen, ob er die Kabinetsbildung übernehmen kann. Aber nach dem Verlauf des radikal-socialistischen Parteitag in Reims konnte man annehmen, daß der Parteiführer mit ungewöhnlich weitgehenden Vollmachten und mit einer sehr starken Position in die Verhandlungen zur Kabinetsbildung hineingehen wird. Die Radikalsocialisten, die ziffermäßig stärkste Partei der ganzen Kammer, war in ihrer politischen Einigkeit stark bedroht durch die Aktionen, die unter der Führung Caillaux's ihr rechter Flügel unternommen hatte, um eine bürgerlich und leicht rechtsorientierte Regierung unter Tardieu zustande zu bringen. Die mit dem Sturz des Kabinetts Brizard nützlich und überflüssig an die Partei herangetretene Aufgabe hat also diese Meinungsvorstellungen befestigt, der Parteitag in Reims hat eine lebhafte Einmütigkeit aller Gruppen zustande gebracht und den Führer des linken Parteiflügels, Daladier, mit dem Führer der Parteimitte, Herriot, und dem Führer des rechten Flügels, Caillaux, in eine Front gebracht. Die Frage ist nur, ob es Daladier, der also bei seinen Verhandlungen die Gesamtpartei hinter sich hat, gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die Dauer verpricht, oder ob er nur ein Provisorium zustande bringen kann.

Die Entscheidung hierüber hängt von der Sozialistischen Partei ab, — die Radikalsocialisten sind ja keine Sozialisten im deutschen Sinne, sondern eine fast sozial und demokratisch orientierte bürgerliche Partei, die rechts von den eigentlichen Sozialisten steht. Die Sozialisten haben es bisher stets abgesehen, Minister in ein Kabinett zu entsenden, in dem auch bürgerliche Minister sitzen. Sie sind durch das Datum eines Parteitages zu dieser Haltung veranlaßt, und es wird nun darauf ankommen, ob sie sich dazu entschließen, durch Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung diese bisherige Stellungnahme zu ändern und mit bürgerlichen Parteien Verantwortung zusammenzuarbeiten, oder ob sie einem Kabinett Daladier nur ihre Unterstützung zufügen wollen. Gelingt es Daladier, die Unterstützung der Sozialisten zu erhalten, so kann er ein Mehrheitskabinett bilden, das in außenpolitischer Hinsicht eine einheitliche geschlossene Front bilden würde, und das sich wohl auch über viele Fragen der Innenpolitik, der in Frankreich bevorstehenden Steuerreform und der Sozialpolitik einigen könnte. Ein solches Kabinett müßte die Gruppe der Sozialisten mit 100 Mandaten, die Radikalsocialisten Daladiers selbst mit 125 Sitzen, weiter die Linksradikalen, die Partei Couzeurs, mit 54 Mandaten, die zwei Gruppen der republikanischen Sozialisten mit 18 Mitgliedern, und der sogenannten französischen Sozialisten mit 13 Mitgliedern unter der Führung Brizards umfassen, dazu würde noch die kleine Gruppe der unabhängigen Linken mit 16 Sitzen wahrscheinlich hinzugezogen werden, so daß Daladier mindestens über

Neues in Kürze.

• Ein interessantes Zeitdokument für die ungeliebte Parteienverpöhlerei bilden die in der Provinz Gießen eingereichten Wahlprüfungen zu den Provinzialparlamentswahlen, die nicht weniger als zwanzig Seiten umfassen.
• Mussolini leitete in einer Ansprache an seine Anhänger den außerordentlichen Aufschwung, den Italien im Zeichen des Faschismus mit seinen Weisungen genommen habe.
• Die Prognose, die eine Regierung Daladier in Frankreich gestellt wird, ist nicht besonders günstig, falls eine Beteiligung der Sozialisten nicht gelingen sollte.
• Neue Kämpfe an der mandchurischen Front lassen China an den Rückzug appellieren. Es die einzige Forderung, die weiteres Blutvergießen verhindern könne.

326 Stimmen verfügen könnte bei einer Gesamtzahl von 611 Kammerabgeordneten. Es würde von Fall zu Fall außerdem die Unterstützung der sogenannten Vorkämpfer der Partei Boncompagni mit 64 Stimmen gewinnen können. Es würde sich also um eine ziemlich starke Regierung handeln.

Verlagen aber die Sozialisten ihre Mitwirkung, so bleibt Daladier nur die Bildung eines bürgerlichen Einkammerkabinetts, eines Ministerkabinetts, übrig, das mit den Radikalsocialisten, den republikanischen Sozialisten, den französischen Sozialisten, den Linksradikalen und den Linksrepublikanern über 250 und mehr Stimmen verfügen würde. Eine solche Regierung würde dann freilich als Ministerkabinett nur in der Lage sein, die Außenpolitik, wie Brizard sie mit den jüngsten Verhandlungen eingeleitet hat, bis zum Abschluß zu führen. Bei dieser Aktion könnte es auf die Unterstützung der Sozialisten ankommen, die ja Brizards Politik in vollem Umfange gebilligt haben. Danach aber würden neue Versuche einzusetzen müssen, eine stabile Regierung herbeizuführen. Brizard könnte in der einen wie in der anderen Kombination wieder das Außenministerium übernehmen, und beide Möglichkeiten der Regierungsbildung würden außerdem eine Garantie dafür bieten, daß Brizards Außenpolitik unverändert fortgeführt wird.

„Ein Rückfall in die Barbarei“.

Um die Freigabe deutschen Eigentums.

Berlin, 26. Oktober.
Nachdem kürzlich der „Manchester Guardian“ für die Freigabe der Liquidationsüberschüsse fortgenommenen deutschen Privateigentums in England eingetreten war, nachdem andere englische Blätter wie „B. der „Economist“, der „New Statesman“ und die „Iron and Coal-Trades Review“ sich für die Freigabe eingesetzt hatten, kündigt jetzt der frühere Handelsminister MacPheron in der „Times“ an, daß er die Sache schließlich erneut im Unterhaus zur Sprache bringen werde. Er wendet sich gegen

die Auffassung des englischen Schatzamts, wonach der Liquidationsüberschuss Deutschland auf die alte 192-Milliarden-Rechnung aufgeladen werden soll und weist darauf hin, daß der Liquidationsüberschuss „auf diese Weise eine zusätzliche Reparation auf Kosten von privaten deutschen Bürgern darstellte, deren einzige Schuld darin bestünde, daß sie uns ihr Eigentum anvertraut hätten.“ Durch

Kündigung des Liquidationsüberschusses würde England „einen guten geschäftlichen Schlag fassen; es würde nämlich einen Fled entfernen, der nach Ansicht eines wichtigen Teils der durch gemeinsame Interessen verbundenen europäischen Handelskreise unser Ansehen beeinträchtigt, und zwar unter Ansehen hinsichtlich finanzieller Zuverlässigkeit und hinsichtlich politisch gewissenhafter Achtung von Privateigentum, das man London als den finanziellen Mittelpunkt der Erde zur höchsten Verkömmerung anvertraut.“ Auch John Galsworthy, der gelehrte und typische englische Schriftsteller unserer Zeit, richtet in der „Times“

einen scharfen Angriff

gegen die englische offizielle Liquidationspolitik, erklärt sie für einen Rückfall in die Barbarei und verlangt unabweisend die Kündigung der überflüssigen Liquidationserlöse.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Optimismus in Warschau.

Warschau, 27. Oktober.

Polnische Blätter berichten dieser Tage, daß in Warschauer politischen Kreisen die Aussichten für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen außerordentlich günstig seien. Man glaube in Warschau, daß ein provisorischer Vertragsabschluss und damit eine Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges noch in diesem Jahre zustande kommen würde.

Der deutsche Gesandte Raubier

ist gegenwärtig die vor einiger Zeit in Warschau begonnenen Verhandlungen fort. Raubier hatte vor kurzem in

Berlin über seine bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet. Man darf ohne weiteres annehmen, daß bei den radikaleren Verhandlungen Raubiers außer den eigentlichen Handelsfragen auch der ganze Komplex der deutsch-polnischen Streitfragen erörtert worden ist.

Ferner dürfte bei den Verhandlungen zwischen Raubier und Jazelski auch die große Aktion der polnischen Regierung gegen das Deutschtum in Polen und Homertien eine Rolle gespielt haben.

Wenn man in der Warschauer Presse nunmehr bereits den teilweisen Abschluß des Handelsabkommens als nahe bevorstehend bezeichnet, so steht dem entgegen, daß der umfangreiche Fragenkomplex nicht gerade geeignet ist, das Tempo der Verhandlungen zu beschleunigen, zumal die Polen mit neuen Forderungen hervorgetreten sind.

Der deutsche Vorschlag lag bekanntlich die gegenseitige Aufhebung der Kampfmaßnahmen, die gegenseitige Zuerkennung der Meißelbesitzigkeitsurteile und ein händiges Kopfenkontingent zugunsten Polens vor.

Polen verlangt aber eine entsprechende Modifikation der deutschen Veterinärabstimmungen, welche die Ausfuhr von polnischen Züchterprodukten nach Deutschland ermöglichen soll. Demgegenüber wird von deutscher Seite geltend gemacht, daß die Interessen der deutschen Landwirtschaft durch eine solche deutsche Konzeption beeinträchtigt würden. Es müßten daher, falls sich im Laufe der Verhandlungen infolge weitgehender polnischer Konzessionen tatsächlich die Notwendigkeit für eine solche deutsche Konzeption erweisen sollte, noch

uniangetragene Sicherungen

für die deutsche Landwirtschaft beigelegt werden. Auch eine völlige Klärung der Niederlassungsfragen wird in dem Abkommen geschaffen werden müssen, — und zwar auf der Grundlage des seinerzeit von Stresemann und Jazelski abgeschlossenen Protokolls. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß leitens der Reichsregierung die Höhe der Polen zu gewährenden Kompensationen für Kohle und Eisen aus den polnischen Bergwerken abhängig gemacht werden wird. Die Verhandlungen sind, wie nochmals betont werden muß, nur darauf abgestellt,

ein Abkommen auf feiner Grundlage

zustande zu bringen. Die Frage der Höhe der einzelnen Vertragsartikel ist späteren Verhandlungen vorbehalten. Es bleibt abzuwarten, ob sich der in der polnischen Presse gedieherte Optimismus als berechtigt erweist.

Daladier in Front.

Mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Paris, 25. Oktober.

Der Vorsitzende der Radikalsocialistischen Partei, Daladier, trat beim Präsidenten der Republik ein, um über die Neubildung des Kabinetts zu beraten.

Nach etwa dreiviertelstündiger Unterredung verließ Daladier das Elysee und erklärte, der Präsident habe ihm mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Daladier habe ihn gebeten, ihm Zeit zu lassen, um sich mit seinen politischen Freunden zu beraten. Er werde ihm am Sonnabend um 3 Uhr über das Ergebnis dieser Beratungen in Kenntnis setzen. Daladier begab sich sofort nach Reims, wo der radikal-socialistische Kongreß weitergeht.

Nach allem parlamentarischen Brauch war voranzuziehen, daß der Staatspräsident den Führer der größten Partei mit der neuen Kabinetsbildung beauftragte. Brizard selbst war es, der Daladier mit den Worten, „die Radikalen haben mich gestürzt. Ich würde in diesem Falle nach den parlamentarischen Regeln vorgehen.“ Der Führer der Radikalen muß mein Nachfolger werden“ als den kommenden Mann vorgeschlagen hat. Sollte Daladier die Bildung eines Kabinetts eingehen, so wäre allerdings die Krise überdauern schnell gelöst. Er hat die Absicht, Brizard und Chéron zu bitten, auch in einer radikalen Regierung die Portefeuilles des Auswärtigen und der Finanzen zu behalten. Es steht aber noch nicht fest, ob Brizard selbst gewillt ist, in diese Regierung einzutreten. Wenn ja, so würde es sich um ein einstimmiges Handeln, das ausgesprochen radikal-socialistische Färbung hätte und mit der wohlwollenden Unterstützung von der parlamentarischen Unterstützung der Sozialisten arbeiten könnte. Ob es allerdings von Belang wäre und nicht lediglich als Lebergang betrachtet werden müßte, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden, da es selbstverständlich darauf ankommt, welche Aufnahme es bei den rechts von den Radikalsocialisten stehenden Kameradschaften finden würde.

Daladier wieder in Reims.

Allgemeiner Aufbruch wiederkehrt.

Paris, 27. Oktober.

Daladier ist nach seiner Beauftragung mit Staatspräsident Doumergue und nach einem Besuch des ehemaligen Ministerpräsidenten Brizard wieder in Reims eingetroffen.

Ein Vertreter des „Journal“ hatte in Reims Unterredungen mit zahlreichen radikalen Ministern, die alle die Rückkehr Brizards in den Quai d'Orsay fordern. Als Daladier aus Paris nach Reims zurückkehrte, machte er

erhalten stark ermüdeten Eindruck. Nach kurzer Ruhepause erschienen er dann auf dem Kongress, um zu erklären, daß er sich mit seinen Parteifreunden über den ihm übertragenen Auftrag des Staatspräsidenten aussprechen wolle. Um 10 Uhr abends hatte Daladier mit den führenden Mitgliedern seiner Partei eine neue Besprechung. Um 11 Uhr abends wurde ein Kommuniqué ausgegeben, das besagt, daß Daladier die Mitglieder der Parlamentariergruppen über den ihm übertragenen Auftrag unterrichtet hat.

Im Laufe der Abendbesprechung wurde auch beschlossen, den Sozialisten vorzuschlagen, in das Kabinett einzutreten. Der Vorschlag wird höchstwahrscheinlich schriftlich formuliert werden; man hofft bei den Radikalen auf eine sofortige Antwort.

Die neue Verammlung der parlamentarischen Gruppe der radikalen Partei fand am Sonntag nachmittag um sechs Uhr in der Kammer statt.

Nach Ansicht des „Matin“

kann man aus der Blancollmacht, die Daladier von seinen Parteifreunden erhielt, zweierlei Schlüsse ziehen. Einmal erkenne man

den Weg zu einer breiten Koalition,

in der der Einkäuferrepublik Pireti das Finanzministerium übernehmen würde, andere derselben im Gegenteil, daß die Mehrheit der Parteimitglieder im Falle einer sozialistischen Regierung der

Beteiligung an einem rein radikalen Kabinett günstig gegenüberstehen würde. Daladier verdiente auf jeden Fall die Anerkennung, daß er unter schwierigen Umständen sich als sehr geschickt gezeigt habe.

Die links eingestellte „Solonik“

erklärt, unter den jetzigen Umständen läge ein lebensfähiges Kabinett ohne Beteiligung Radikaler im Augenblick überaus fern. Der Präsident der radikal-sozialistischen Partei habe sich selbst in einer Sackgasse gefangen.

Der Vertreter des „Excelsior“

in Reims meldet seinem Blatt, daß Daladier noch ernste Schwierigkeiten durchmachen müßte und daß selbst die Radikalsocialisten sich der Schwermütigkeit einer Regierung Daladier durchaus nicht verschließen.

Briand durch die elsaß-lothringische Opposition gefürkt?

Strasbourg, 27. Oktober.

Erst jetzt machen elsaßliche Blätter darauf aufmerksam, daß der Sturz des Kabinetts Briand im entscheidenden Maße auf das Verhalten des elsaßlothringischen Autonomiekomitees zurückzuführen ist. Sie haben sich bei der Abstimmung, die über das Schicksal der Regierung entschied, der Stimme enthalten, während sie vor dem Beginn der Haager Konferenz mit einer Ausnahme für Briand eingetreten war. Sie hatten damals jedoch eine Erklärung verlesen lassen, daß man von Briand in Elsaß-Lothringen einen Kurswechsel erwarte, wie er seiner deutsch-französischen Verständigungspolitik entspräche.

Die jetzige Stimmeneinstellung wird ausdrücklich damit begründet, daß Briand auf diese Forderung nicht eingegangen ist, vielmehr flüchtig in einem Telegramm an die nationalsozialistische Mehrheit des unterelbischen Generalrates sich ausdrücklich zur Abwehr der einen und unteilbaren Republik bekannnt hat. Man hat darin im autonoministischen Lager eine klare Zurückweisung der Forderungen nach Selbstverwaltung erwidern müssen, und das Telegramm Briands hat auch in nationalsozialistischen Blättern diese Deutung erhalten. Die elsaß-lothringische Forderung hat sich damit erstmals entscheidend für die französische Politik ausgewirkt.

Bilanz der sieben Jahre.

Moskau, 27. Oktober.

Zum diesjährigen Jahrestag des Marches auf Rom hat Mussolini ein seine Schwärzenden ein Manifest erlassen, in dem er darauf hinweist, daß in diesem Jahre wie im Jahre 1922 die Feste des Jahrestages der Zusammenfassung aller Kräfte und der Wiederkehr über die vollbrachten Arbeiten gulte.

Auch im Jahre 7 der faschistischen Zeitrechnung habe das Volk fleißig gearbeitet. Die Bodenkultur sei gehoben, Eisenbahnen, Brücken, Straßen, Schulen, Sportplätze, Krankenhäuser seien entstanden. Der Faschismus habe so das Wohl der Einzelnen und die Macht der gesamten Nation gefördert. Ein Volk, das nicht von Liebelwollen getrieben sei, genüge, um festzustellen, daß die faschistische Staaten auf der ganzen Linie vorwärtsmarschiert sei mit der Ordnung und dem Tempo eines mobilisierbaren Heeres.



Unter Sonnenschein

Roman von Erich Ebenstein

49. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Gut, so nehme ich Renate allein auf mich, und bitte Sie nur, gleichzeitig beruhigend auf Ihren Sohn einzuwirken, der sehr aufgeregter ist.“

Auch das muß ich ablehnen. Einerseits, weil Otto mich nie zur Vertrauten seiner Eheangelegenheiten machte, und daher auch keinen Rat von mir annehmen würde, andererseits — weil ich seinen Standpunkt nur zu gut begreife! Sie sagen, er sei aufgeregter. Aber erlauben Sie mir die Frage, meine Bette: Soll er denn ruhig und gleichgültig zusehen, wie seine Frau sich von einem anderen Mann fortwährend läßt und gerade das tut, was ihn kränken muß? Er hat recht, wenn er möchte die Geduld verlieren und sich das einfach nicht länger gefallen läßt!“

„Aber, mein Gott, wozu soll das führen? Begreifen Sie doch, was auf dem Spiele steht! Wenn Sie eine solche Auffassung vor Ihrem Sohne laut werden lassen, hieße es geradezu Del ins Feuer gießen. Man muß ihn aber im Gegenteil beruhigen, Sie wissen ja gar nicht, wie aufgeregter er ist — daß er sogar von Schändung spricht!“

„Aun, und was meinet? Ich finde das nur natürlich bei der Lage der Dinge!“

„Sie — finden — das natürlich? Aber um Himmels willen, machen Sie sich doch klar, was das bedeutet! Eine Scheidung! Wie peinlich! Welches Aufsehen! Welcher Skandal! Die ganze Stadt würde darüber reden!“

Die Stadträtin meinte fast vor Aufregung. Frau Sophie zuckte kalt die Achseln.

„Mein Sohn und ich hätten den Skandal ja nicht heraufbeschworen, der demnach nur den schändlichen Teil treffen würde. Übrigens heißt es Ihnen ja frei mit Ihrer Tochter zu reden. Wer ist es ein, so wird wohl auch Otto die Dinge nicht auf die Spitze treiben, denn er liebt seine Frau trotz allem noch. Und damit denke ich, lassen wir dieses un-

Das bevorstehende 8. Jahr werde nicht weniger reich an Ereignissen und frühreichenden Werken sein. Die Herrschaft sei immer feiler geworden und imfand, auch unzerwarteten Ereignissen die Stirn zu bieten. Seine grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen seien ebenfalls abgeschlossen. Die Gezeiten der Politik und der Nationen, die Gezeiten der Partei und der Syndikate seien Kräfte, die weder von innen noch von außen bedroht werden könnten. Der Staatsgedanke wachse immer mehr im Bewußtsein der Italiener. Indem Mussolini die Schwarzhemden zur Erneuerung des Treuebundes aufforderte, schloß er mit der Mahnung:

„Erhebt eure Gedanken zur erhabenen Majestät des freigelegten Königs, der im Oktober 1922 dem Volk und dem Faschismus entgegenkam. Grüßt mit dreifachem Heil den Kronprinzen von Savoyen, um den in diesem Augenblick die Seele der Nation schwebt!“

Vor neuen Kämpfen in der Mandchurei.

Ein chinesischer Gesundheitsbericht.

Berlin, 27. Oktober.

Die Berliner chinesische Gesundheitsbehörden teilen mit: Laut amtlichen Nachrichten lebten die Sowjettruppen an der mandchureischen Grenze, die bereits zu wiederholten Malen der Versuch gemacht haben, chinesische Garnisonen zu überfallen, aber bisher keine zureichenden Erfolge zu erzielen, im Begriff, einen Angriff auf breiter Front zu unternehmen. Das japanische rote Infanterieregiment — das V. Armeekorps — wurde nach Daosai entlassen (Unterstation 86) und nach Omulaitu, um das 7. Armeekorps zu ersetzen, das bisher in den genannten Garnisonen stand.

General Tschanghjueliang, der Oberkommandierende der Nord-West-Armee, hat den Befehl erhalten, sich an die Front zu begeben, um die nötigen Verteidigungsmaßnahmen gegen einen möglichen russischen Angriff zu treffen. Die chinesische Nationalregierung sieht sich bei diesem Schritt ihrer Verantwortung und ihrer Pflichten als Mitglied des Völkerbundes und als Signatarstaat des Pariser Kriegsschlichtungsvertrages bewußt, nicht aber ihre Pflicht, ihr Land, als Vorkriegsland, zu verteidigen. Die chinesische Regierung vertritt der Welt, daß, falls der Frieden im Fernen Osten getrübt würde, die Sowjetregierung allein die Verantwortung dafür zu tragen hätte.

Erfolge der Aufständischen in China. Die japanische Telegraphen-Agentur meldet, daß die aufständischen Truppen, unter Führung eines japanischen Generals die Regierungstruppen zur Räumung der Stadt Tschang gezwungen haben. Die Aufständischen haben vielen Erfolg u. a. dem Umsturz zu verdanken, daß sie Waffenlieferungen, die für die Regierungstruppen bestimmte waren, abfangen konnten. Zwei japanischen Kanonenboote haben die Stadt Tschang bombardiert.

Mitarbeiter der Sozialdemokratie?

Schnelle Erledigung der Verfassungsreform in Oesterreich

Wien, 26. Oktober.

In der Behandlung der Verfassungsfrage ist eine wesentliche Beschleunigung eingetreten. Der Verfassungsausschuß hat auf eine große Aussprache verzichtet. Zu Beginn der Sitzung verteilte die beiden sozialdemokratischen Mitglieder Dr. Bauer und Seitz, daß der Ausschuss eine Entscheidung annehmen, worin die parlamentarische Erledigung der Verfassungsreform erklärt würde. Dieses wurde von der Mehrheit abgelehnt, mit Rücksicht auf die Erklärungen, die in dieser Hinsicht von der Regierung schon abgegeben worden sind.

Nach Wiederzunahme der Arbeit wurde ohne weitere Ansprache der „Ausschuß“ eingeleitet, der die eigentliche Beratungsarbeit durchführen soll. Der Unterausschuß dürfte sofort seine Arbeiten beginnen. Dieses beschleunigte Tempo der Behandlung der ganzen Frage wird zweifellos auch auf das Wirtschaftleben eine schnelle und beruhigende Wirkung ausüben. Insbesondere ist daran der Schluss zu ziehen, daß die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem Verfassungsentwurf eine entgegenkommendere geworden ist und daß man mit ihrer Mitarbeit rechnen kann.

Handelspolitik an der Saar.

Wirtschaftliche Probleme bei der Rückgliederung.

Saarbrücken, 26. Oktober.

Die Handelskammer Saarbrücken und der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen hielten in ihrer letzten Vollversammlung eine Aussprache über

equidistante Thema für heute!“ sagt sie, scheinbar ermüdet die Augen schlüpfend.

Die Stadträtin starrt finstler auf sich hin. „Ich wollte auch noch über meinen Sohn mit Ihnen sprechen,“ beginnt sie nach einer Weile von neuem. „Sie haben doch den Heiratsplan nicht vergessen, den Sie mir kürzlich mitgeteilt haben — Sie wissen, in bezug auf Ihre Nichte, Fräulein von Kreisler? Es beruhigt mich ein wenig, daß Sie seitdem nie mehr davon sprachen. — Denn, wenn Fred bedauerlicherweise auch jetzt noch —“

„Ich finde aber gar nichts Bedauerliches daran, wenn Fred ein anderes Mädchen liebt,“ unterbrach sie die Oberbaurätin gelassen, „insofern es sich wirklich um eine ernste, feste Liebe handelt, welche die vorübergehende Lebensglückseligkeit ist.“ „In diesem Falle wäre es zu geraden ein Verbrechen, ihm Hindernisse in den Weg zu legen. Meinen Sie nicht auch?“

„Ja!“ Die Stadträtin war wie ein gereizter Truthahn aufgelaufen und starrt ihr Gegenüber, das so gelassen die Angelegenheit ausspricht, fassungslos an. „Sind Sie von Sinnen?“ „Ich las ihm seine Hindernisse in den Weg legen, wenn er sich an eine solche Person gewirft? Lebensglück! Ernste, feste Liebe! Mein Gott, haben Sie denn vergessen, daß es sich nur um eine Gärtnerstochter handelt, die ihn in eine Verlobung verwickelt? Seitdem habe ich übrigens noch erfahren, daß sie nicht einmal Sausenweins legitime Tochter ist, sondern ein Findelkind eines bekannten Herrschens, das vorerstendlich aus der Gasse kam!“ „Wo — non to etwas prikt man doch überhaupt gar nicht! Und Sie nehmen das ernsthaft! Ich begreife Sie wirklich nicht, Verehrter! Können Sie, nachdem ich Ihnen doch sagte, daß es sich nur um eine vorübergehende Verlobung von untergeordneter Bedeutung handelt, in der Tat darin ein Hindernis für Ihren Plan in bezug auf Fräulein von Kreisler erblicken?“

„Vor allem, meine Liebe, muß ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß dieser Plan — eigentlich war es ja nur eine Idee meinerseits — damals gleich nach unserer Unterredung wieder aufgegeben wurde.“

„Aun — ge — aeben? Mein Gott, warum denn aber? Ich

die wirtschaftlichen Probleme bei der Rückgliederung des Saargebietes. Spätestens dürfte auch ein Ueberblick über die augenblickliche Lage, wobei er einwangs betonte, daß man angesichts der Pariser Saargebietverhandlungen im Interesse aller Beteiligten eine günstige Lösung der einzelnen Fragen, insbesondere auch der handelspolitischen Fragen, erwische, und daß man hinsichtlich des handelspolitischen Problems die Lösung darin sehe, daß für den Verkehr des Saargebietes nach Westen besondere Möglichkeiten geschaffen würden.

Diejenigen Probleme, die durch rein innerdeutsche Maßnahmen zu lösen seien, verdienten besondere Aufmerksamkeit. Man müsse daran denken, ein ganzes Wirtschaftsprogramm für die Rückgliederung aufzustellen. Das erste Lebenswerte sei, dieses Rückgliederungsprogramm gemeinsam mit allen Teilen der Bevölkerung, insbesondere auch mit der Arbeiterbewegung zu entwerfen und zu betreiben. Die anschließende Aussprache ergab die allgemeine Zustimmung dazu, daß man in Richtung der Aufstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsprogramms für die Rückgliederung arbeiten wolle.

Jugend voran.

Eine ernste Weltpartysammlungs.

Wo es gilt, die Zukunft zu gewinnen, da ist es die Jugend, die begeisterungsfähige frische Jugend, bei der die Entscheidung liegt. In unseren Tagen geht es um ein höches Ziel, um Deutschlands Erlarkung und künftige Geltung, da kann die Jugend nicht tatenlos bei Seite stehen, da muß sie ihre starken unvertrauten Kräfte in den Kampf werfen. Zunächst gilt es für sie noch zu warten und sich vorzubereiten. Aber von der Art der Vorbereitung hängt vieles, ja alles ab.

Arbeitsamkeit und Sparsamkeit sind die Waffen, mit denen unsere Jugend sich rüsten muß, um den Lebenskampf zu bestehen, um Sieger in dem Ringen um Deutschlands Aufstieg zu werden. Das Ziel kann nicht im Sturm, es kann nur mit zuverlässiger fester Arbeit und Sparsamkeit gewonnen werden. Niemand darf der Jugend ihr Recht schmälern, niemand darf nur von dem Geiste und der Schwere unserer Zeit reden, wir wollen ihr nur zurufen, daß wir sie brauchen als Mitkämpfer, daß sie sich frühzeitig darauf besinnen möge, sich zu rüsten.

Ein Mann, der später große Aufgaben erfüllen will, muß wissen, wie er mit seiner Kraft und seinen Gaben umgeht und frühzeitig lernen, sie richtig zu gebrauchen und einzusetzen, nur dann wird er fähig sein, sie auf wirklich Weltliches zu konzentrieren. Wer zu dieser Erkenntnis gelangt ist, wird nicht nur mit den Idealen, sondern auch mit den materiellen Gütern sorgsam und überlegt umgehen, auch da macht er die Erfahrung, daß er das Kleine zusammenfassen muß, wenn er Großes zustande bringen will.

Selbstüberwindung, frühzeitige Gewöhnung sind besonders notwendig, wo die Sparsamkeit nicht im Charakter des Menschen liegt, wo sie gepflegt werden muß, um zu wachsen und zu erarken. Es ist wichtig, schon in jungen Jahren Arbeitsamkeit und Sparsamkeit zu üben, damit sie beim Eintritt in den Lebenskampf widerstandsfähige Waffen in der Hand des jungen Menschen sind, mit denen gekämpft er den Wechselfällen des Lebens furchtlos gegenüber, die er zu führen versteht im Dienste seines Volkes.

Wenn auch die Jugend von heute gewohnt ist, große Selbständigkeit zu üben, sie wird im eigenen Interesse auf den Rat der Erfahrenen hören. Darum liegt heute bei den Erziehern im Elternhause und in der Schule eine besonders große Verantwortung. Eine vernünftige Erziehung zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist ein gutes Stück praktischer Lebenskunde, die nicht nur dem Einzelnen zugute kommt, sondern die nicht weniger dem Staat und der Gesellschaft zugute, auf sich selbst gestellte Menschen gibt. Das erstrebenswerte Ziel jeder gefunden Staats- und Wirtschaftspolitik muß sein, daß möglichst viele Kreise des Volkes eine ausreichende, sichere Lebensgrundlage haben. Das dieses Ziel in Deutschland wieder erreicht wird, hängt entscheidend von dem Willen der jungen Generation zu einfacher, gelunder Lebenshaltung und zu vernünftiger Sparsamkeit ab. Der Weltpartag weist eindringlich auf diese wichtigen Zusammenhänge hin. Mögen alle Erzieher und Freunde der Jugend sich ihrer schweren Verantwortung auch nach dieser Richtung bewußt werden und bleiben.

will doch nicht hoffen, daß meine Mittellungen schuld daran sind?“

„Nein, er wurde ganz einfach aufgegeben, weil ich bemerkte, daß meine Nichte inzwischen ihr Herz anderweitig verloren hat!“

„Oh — und Sie sagten, Fräulein von Kreisler schwärme für Fred?“

„Das tut sie noch — aber nur vom Standpunkt der Wissenschaft, wie es junge Mädchen öfters öderfieren genialen Vektoren gegenüber tun, das heißt, ganz unpersonlich. Ihr Herz aber warde sich Doktor Gerhard Schuber zu, mit dem sie im Begriff steht, sich zu verloben.“

„Mit — Schuber! Unglaublich! Dieser junge, bedeutende Laie, der noch gar nichts Bedeutendes geleistet hat —“

„Ja, es scheint nun einmal das Wejen der Liebe zu sein, sich nicht an Bedeutend und Unbedeutend zu halten und anderen Menschen unbegreiflich zu ersehen,“ sagt Frau Sophie mit einem Heinen, beschämten Schelm. „Denn hätte sie, die Nichte ihrer wohlgepflegten Hände betrachtet, läßt sich für: „Am aber wieder auf Ihren Sohn zu kommen, meine Bette, so möchte ich Ihnen sagen, daß Sie da vielleicht doch ein wenig zu streng und einseitig urteilen. Der sollten Sie am Ende gar nicht richtig informiert über die Dinge sein.“

„Wieso? Was meinen Sie?“

„Ich meine einfach, daß Fred, wie ich durch Renate erfahren, die Sache durchaus ernst nimmt und jenes Mädchen heiraten will. Zweitens — das erfüllt ich durch Erkundigungen, die ich unter der Hand einzog — soll Gloria Sausenwein ein durchaus anständiges, tüchtiges und liebenswertes Wejen sein, lo daß man Freds Liebe wohl begreifen könnte.“

„Und wenn? Ich werde meine Einwilligung niemals geben! Ein Kind, ohne Namen und Eltern, das anständigeweise gar keine Vatersberechtigung hat —“

„Aber liebe Freundin — dafür kann doch das arme Mädchen nicht! Ihr Standpunkt ist graufam und ungeheuer —“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 28. Oktober 1929

— Das sechste Uebergangswort ist nur zu häufig die Ursache zu Entfremdungen, die zuweilen einen bösen Dämon mitbringen. Zur Bekämpfung des Dämons hat sich ein gutes Heilmittel bewährt, welches darin besteht, daß man Zwiebeln schneidet, die völlig zerhackt sind, zwei bis drei Tage lang in Branntwein legt. Bei einem täglichen Quantum von einigen Geschöpfen dieser Mischung wird man schon nach kurzer Zeit eine gute Wirkung verspüren. Desgleichen läßt sich viel Bänderung mit einer Mischung schaffen, die aus eingedampften Erdbeeren besteht. Auf Himbeeren leisten gute Dienste.

— Wie die Gefährlichkeit von Benzin in der Gegenwart als explosionsfähig und leicht feuer fangender Stoff ist schon oft geschrieben worden. Wenig beachtet wird aber, daß auch ein etwaige kleine Wunden kein Benzin kommen darf, weil so leicht die Entzündung von Blutvergiftung gehen ist.

— Bei Gütertrennung besteht keine Verwaltung und Ausnutzung des Mannes an dem eingebrachten Gut der Frau. Allerdings ist die Frau verpflichtet, sich Beitreibung des ehelichen Aufwandes einen angemessenen Beitrag aus den Einkünften ihres Vermögens zu leisten.

— Gütergatten müssen beiderseits zurückgegeben werden. Von der Reichsfinanzverwaltung wird darüber Klage geführt, daß die Gütergatten nach dem Erlaß von den Empfängern nicht beiderseits zurückgegeben werden. Angeht dies namentlich in letzter Zeit überhandnehmenden Erscheinung hat die Reichsfinanzverwaltung den in Frage kommenden Stellen die strikte Anweisung gegeben, nach beiderseitiger Erlaubnis oder bei Mängeln der Wagen von den Anschließenden die Wagen sorgfältig auf ihren Zustand zu untersuchen. Müssen die Wagen durch Fahrbahndirektoren nachgereicht werden, so sind dem Käufer die Kosten zu bezahlen. Auch für etwaige Schäden ist der Empfänger verantwortlich zu machen.

Wir machen unsere Leser noch einmal auf die morgen Dienstag im Hotel „Blauer Hahn“ stattfindende Vorstellung des Vitenberger Stadtkomites aufmerksam, in der der große Oberleitungsplan der Eisenbahn der Stadt geboten wird. Außerdem wird nachmittags eine Runderkunft veranstaltet, bei der die Mädchen, Jünglinge und Waisenheimschülerinnen bringt. Dieses gebührende Stück ist ganz besonders für Kinder geschrieben und darum sollten die Eltern ihren Kindern den Besuch dieser Vorstellung gern gestatten.

* Die Bürgermeisterei-Gemeinschaft des Regierungsbezirks Merseburg hielt in Halle eine Tagung ab, die sich mit kommunalpolitischen Tagesfragen beschäftigte. Vorträge wurden gehalten von den Bürgermeistern Berger, Heide, Dieze, Remberg, Geißler, Drirand und Heine-Mügel.

* Ab 1. Januar Luftreifen für Lastwagen! Vom 1. Januar 1930 ab müssen alle auf öffentlichen Wegen verkehrenden Anhänger mit Luftreifen oder hochelastischen Vollgummireifen versehen sein. In diesem Tage läuft die Uebergangsfrist ab für Anhänger, die auf Grund der früheren Vereinfachungsbeschlüsse noch genutzliche, glatte Vollgummireifen weiterführen dürfen. Es besteht keine Aussicht, daß diese Uebergangsfrist verlängert wird. Die höheren Verwaltungsbehörden haben auch keine Befugnis, Ausnahmen von der am 1. 1. 1930 wirksam werdenden Vereinfachungsbeschlüsse zuzulassen.

Wittenberg, 26. Okt. Ein Schadenfeuer entstand gestern nachmittags gegen 6 Uhr auf dem Grundstück Golegenstraße 87. Es brannte in einem im linken Seitenflügel des Hauses befindlichen Lagerraum der Firma W. Schulze, Schreib- und Lederverhandlung. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen schon hohe Flammen aus den Fenstern des Lagerraumes empor. Fortwährend ertönte lautes Knallen, das von den neben anderen Waren im Raume lagernden Feuerwerkskörpern herrührte, die in Brand geraten waren und explodierten. Die Feuerwehr gab mit zwei Schlauchleitungen reichlich Wasser in das Feuer, das in einer Viertelstunde abgeblüht war. Die Aufräumungsarbeiten erforderten jedoch längere Zeit, sobald die Feuerwehr erst um 8 Uhr wieder abziehen konnte.

Döben, 25. Okt. Eine Studienkommission von Verlegern, Stadträten und Sachverständigen des Bades Karlsbad reiste kürzlich in Döben, um das hiesige Moorbad zu besichtigen. Karlsbad beabsichtigt die Errichtung eines modernen Zentralbades. Im Zusammenhang hiermit handelte der Besuch der Kommission, die auch nach anderen Bädern reist, um Erfahrungen zu sammeln.

Gotha, (Einsätze Lösung.) Folgender „Dringlichkeitsantrag“ hat den Fraktionen des hiesigen Stadtrats vom Arbeitslosenrat zugegangen: „Die beiden Bürgermeister und die höheren Beamten der Stadt sowie die Gothaer Polizei sind durch Pflichtenarbeiter zu ersetzen. Auf diese Weise wird es möglich sein, daß der Stadtrat das Recht des städtischen Staatsausbaus besitzt.“

Sachsen, G. P. 10. In der Zündhölzchenfabrik ereignete sich eine Explosion, durch die einem Arbeiter mehrere Finger einer Hand abgerissen wurden. Den Verletzten mußte man dem Krankenhaus zuführen.

Schönebeck, Marianna trinkt Zimttee. Vor dem hiesigen Amtsgericht hatte sich eine Eidenbürgerin beschuldigt polnische Arbeiterin wegen Verbrochens gegen den berechtigten Karogarten 218 zu verantworten. Marianna hatte in Polen einen Ehe, mit dem sie sich bereits in Vater einget, so daß sie jetzt während ihrer Saisonarbeit in Deutschland einem fremden Ereignis hätte entgegenstellen können, wenn nicht zwei Freundinnen und lebenswürdige Helferinnen ihr beigestanden hätten. Der Rat, den sie erhielt, war nun allerdings etwas merkwürdig. Immerhin befolgte Marianna den Rat und trat in eine harte Zimt-Bohneninfusion eine gehörige Portion Zimt. Der Zimt sollte zumogen bringen, was in Anbetracht der Unmöglichkeit schon von vornherein aussichtslos blieb. Das Gesetz sieht nun allerdings vor, daß selbst der Versuch mit einem untauglichen Mittel die Ansicht zum Verbrechen darstellt und somit strafbar ist. Das Gericht schloß sich aber dem Antrag des Vertreters der Anklage, der auf Gefängnis plädierte, nicht an und es gläubte, daß aus einer Geduldsprobe der Zweck erreicht werden würde. Marianna für das Trinken des Zimttees in eine Strafe von dreißig Mark.

Recherchen. Schon wieder Entbrecher im Rathausje. Die Einwohnerhaft wurde durch einen erneuten Einbruchsvorfall im Rathaus beunruhigt. Es wurde

den Spuren am Geldschrank gefunden, die auf einen Einbruchsvorfall hindeuten. Es ist der Polizei noch nicht gelungen, den Fall aufzuklären. Bekanntlich waren erst vor kurzen im Rathaus im Rathaus vorgekommen, und der Bürgermeister war im Zusammenhang damit in Haft genommen worden. Während man noch immer dabei ist, eine Aufklärung dieser dunklen Geschehnisse zu suchen, ist durch den letzten Vorfall neue Verwirrung entstanden.

Bad Bibra, Brandstiftung durch einen Knaben. An der Altendorfer Straße brannte ein Strohdöcken mit etwa 300 Zentnern Roggen- bzw. Weizenstroh nieder. Der Besitzer ist der Landwirt Heinz Hartung. Einige Kinder spielten mit Streichhölzern. Ein achtjähriger Knabe hatte den Dämmen angezündet.

Calwede, Nicht zu früh Kartoffeln roden! Wie verheerend es ist, wenn die Kartoffeln, deren Stauden noch grün sind, gerodet werden, zeigen die Ernte-Ergebnisse eines hiesigen Landwirts. Dieser hatte ein Kartoffelfeld, das ihm Mitte September, als allgemein mit dem Roden begonnen wurde, noch zu grün erschien. Die Knollen waren klein und noch nicht ausgewachsen. Deshalb wartete er noch volle vier Wochen und begann mit dem Roden erst nach dem 15. Oktober. Während dieser Zeit haben die häufigeren Niederschläge das Wachstum der Knollen so günstig beeinflusst, daß der Ackerplan einer Ertrag von über 200 Zentner für den Morgen erbrachte. Es sind Knollen dabei, die ein Gewicht von zwei Pfund und darüber aufweisen.

Merseburg, Die ersten Millionen für die Thüringer Berg- und Eisenindustrie. Dem am 2. November zumamentrenden Kreisrat des Kreises Merseburg ist eine Vorlage zur Beratung zugeleitet worden, in der mitgeteilt wird, daß die gesamten Gesteinshilfen für die ersten 500 Wohnungen des ersten Bauabschnittes für die Thüringer Berg- und Eisenindustrie der Aufwendungen für die Zentralanlage (Zentralheizung, Zentralwassererwärmung, Zentralmischer) sechs Millionen betragen. Der Betrag soll wie folgt aufgebracht werden: zwei Millionen 1. Spatohel durch die Thüringische Landeshypothekbank, zwei Millionen Arbeitsgeberdarlehen und zwei Millionen Hausinspektorenhypothek. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen mit der Thüringer Landeshypothekbank sind nunmehr beendet. Die Stadt hielt der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft ein Darlehen von zwei Millionen Mark als erste Hypothek zur Verfügung. Das Darlehen erlöst vom 15. Oktober 1929 ab eine Verzinsung von 8 Prozent jährlich.

In jeder Sekunde

den Wert von mehreren Zentnern Getreide

in jeder Minute

das Jahres-Einkommen eines hochqualifizierten Arbeiters

in jeder Stunde

den Wert von zwei Stückchen Häutern nach Deutschland für die Erfüllung des Young-Planes aufbringen — wohlgemerkt

59 Jahre lang

Stunde für Sekunde, Minute für Minute, Stunde für Stunde!

Das heißt ein fleißiges, intelligentes Volk in geradezu satanischer Weise auslaugen.

Sinwig mit dem Tributplan!

Heraus zum Volksbegehren!

Einzeichnungsschluß morgen Dienstag, den 29. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Darum sofort einzeln!

Dresden, Die Beitztsverbande zur Finanznot.

Hier tagte die Hauptversammlung des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns Dr. Venus (Dresden). Die Versammlung nahm mehrere Entschlüsse an, in denen u. a. geordert wird, daß endlich die von den lästigen kommunalen Spitzenverbänden übereinstimmend angelegte Forderung des Landesfinanzamtes für die kommunalen Verwaltungen und dabei nicht nur die zu Gunsten des Staatsanteils gestützten Zuweisungen an den Landesausgleichslohn aus den Ueberweisungsteuer zu Lasten des Staatsanteils wieder erhöht werden, sondern auch der auf längst überholten Grundlagen aufgebaute Verteilungsschlüssel für die Ueberweisungssteuer in einer der Belang der Berggemeinden und Bezirksverbände besser Rechnung tragenden Weise geändert wird. Weiter soll das Finanzministerium die vom Landtag beschlossene Abgabe- und Wegentlastungsbeihilfen unverzüglich und reiflich verteilen und das Uebernahmeprogramm für die logenartigen Schwarzgelben Betrieben beschleunigt ausarbeiten. Weiter Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsmarktes sind auch ausreichende Hilfsmaßnahmen des Reiches oder des Landes für Arbeitslosenverbände und Ausgeworfene verlangt worden.

Zwidau, Ein besagtes wemter Verlust. An den Folgen eines Kraftwagenunfalls ist in Berlin der hier wohnhafte Gründer und Mitinhaber der Schoden Kommanditgesellschaft, Warenhauszentrale und der Einkaufszentrale zahlreicher Warenhäuser J. Schoden Söhne gestorben. Er bestand sich vor einigen Tagen auf der Fahrt von Wittenberg nach Schleien, um eine neue Zweigabteilung der Firma Schoden Söhne eröffnet wird, nach Strickberg in Schleien. Infolge unvorsichtiger Fahrten eines anderen Kraftwagens mußte der Schodenische Kraftwagen stark bremsen und fuhr gegen einen Baum. Alle drei Anwälte die Brüder Simon und Sally Schoden und der Kraftwagenführer, erstlich der Verletzte, die bei den Leichenbegängnissen nach Schleien, wurden erlitten einen Oberkettenschlag. Man brachte ihn nach Berlin in eine Privatklinik, wo er an einer hinzugetretenen Embolie unermarct starb. Er hat ein Alter von nur 55 Jahren erreicht. Mit dem Ableben Simon Schodens befallt Zwidau Bürgerhaft einen ihrer großen Wohltäter, der ein warmes soziales Empfinden besaß und insbesondere ein Schonen Schicksal für Unfall-Gefährdete errichtete, ferner Sitzungen für das Krüppelheim, und der sich außerdem durch seine Fürsorge für Taubstumme und Taubstummenblinde sehr verdient machte.

Leipzig, Der höchste Schornstein in Deutschland fertiggestellt. Die städtischen Camerles Leipzig haben mitten in der Stadt am alten Gaswerk einen Schornstein errichten lassen, dessen Höhe vom Erdboden zur Spitze gemessen 156 Meter beträgt. Der Schornstein ist im Rohbau vollendet. Statt eines Achtflanzers haben die Arbeiterleute die Stadtblöße gelehrt.

Dörfel, Zwei Bauernhöfe eingeeigert. Im Dorfe Eshorft brach ein Großfeuer aus. Das Anwesen des Landwirts Hühnerhof stand in hellen Flammen. Die Familie konnte nur notdürftig beiseite des Wohnhauses, das an allen Ecken brannte, verlassen. Bald darauf flüchtete das nächste erbaute Haus vollkommen in sich zusammen. Mehrere Weiber, eine Anzahl Säuglinge und selber kamen in den Flammen um. Ebenso wurden große Mengen Getreide und Vieh verbrannt. Durch Zündenflug wurde dann auch das gegenüberliegende Anwesen des Landmannes Weins in Brand gesetzt und ebenfalls im Nu bis auf die Grundmauern eingeeigert. Das Vieh konnte hier noch gerettet werden. Groß ist der Verlust jedoch an Getreide und Futtermitteln.

Schmalfabren, Ein überraschendes Ergebnis hatte eine Nachprüfung der Gewichte, Maße und Wogen, die von der hiesigen Polizeiverwaltung auf dem Jahrmarkt durchgeführt wurde. Es stellte sich nämlich heraus, daß eine ganze Reihe von Händlern ihre Waagen und Maßgeräte in einer Weise, die geistlichen Vorkehrungen widersprechend ist, eingeregelt hatten. Die Gewichte wurden eingesen und die Händler zur Bestrafung vorgeführt.

Eisenach, Bankensuktion. Dem Vernehmen nach wird die Filiale der Deutschen Bank in Eisenach in das Haus der Disconto-Gesellschaft in der Georgenstraße übergeben und mit dieser dort zur Filiale der neuen Bankgesellschaft sich vereinigen. Das dürfte eine der ersten Auswirkungen der großen Berliner Bankensuktion für Thüringen sein.

Streichholz und Monopol.

Von S. H. Reizig.

Das Streichholz-Monopol ist perfekt. Wir erhalten die Ansicht des Herrn Kreuger und er erhält oder sichert sich das Streichholz-Verkaufsmonopol.

Es ist nicht seltsam, daß von dem kleinsten und nichts-legenden Gegenstand, dem wir im Leben begegnen, vom Streichholz, solche großen Dinge ausgehen können? Wir geben jedem, der zu sparen beginnen will, den Rat, zuerst mit den Streichhölzern zu sparen, also doch mit dem Kleinsten und Billigsten, was wir im Tageslauf benutzen. Was man aus der Geschichte des Streichholzes und des Streichholz-Monopols nicht den Schlaf ziehen können, daß demnach eigentlich alles im Leben vertrieben und monopolisiert werden könnte? Es läßt sich denken, daß es nur noch Trunks gibt; Trunks, die uns die Schuhe, das Brot, die Milch liefern, die uns selbst das Wasser reichen. Es läßt sich denken, daß der gewerbliche Mittelstand völlig erdrückt wird und jede Branche in den Händen eines zusammengekauften Kapitals liegt. Es läßt sich sogar denken, daß wir, wenn die Entwicklung so weitergeht, aus eines Tages dahin kommen, freilich werden Jahrzehnte darüber vergehen, und eine Reaktion würde nicht ausbleiben. Die Folge der allgemeinen Vererbung wäre wahrscheinlich, daß Menschen, die die Selbstständigkeit lieben, wieder selbständig zu werden trachten und diese Moniere, wie man sie nun kennt, schließlich einen gewöhnlichen, der laufenden Manie für die Selbstständigkeit werden, wie doch nur dann möglich, wenn nicht etwa ein Monopol jede neue Konkurrenz, und wäre sie auch nur die eines kleinen Mannes, verbiete. Darin liegt auch der Hauptpunkt der Kreugerischen Anschauungen, daß jede neue Konkurrenz ausgeschlossen wird. Was es bisher schon immer und nun mit Genehmigung des Staates möglich, eine Zündhölzchenfabrik aufzumachen, so wird das jetzt wohl ganz unterbunden sein. Denn die Garantien des Monopols verlieren sich, aber der Schwendentriff ohne Konkurrenz sein soll. Er beherrscht zwar nicht die gesamte deutsche Zündhölzchenindustrie, aber er kontrolliert sie doch mit maßgebenden Prozents, und deshalb dürfte es ihm auch über kurz oder lang gelingen, eine freie Fabrik nach der anderen fast einzuzerlein.

Was ist ein Monopol? Ist die Frage des Tages. Wir können schon viele Monopole. Sie dienen zweifelt dazu, dem Staat den Kontroll- oder Aufsichtrecht zu geben, vor allem aber dazu, dem Staat bestimmte Einnahmen zuzuführen. Gemächlich ist das Monopol eine Staatsangelegenheit. Der Staat verpflichtet bestimmte Industriezweigen, an eine staatliche Stelle zu liefern, die den Zwischenhandel besorgt, Kontingente festlegt, die Preise festsetzt. So haben wir zum Beispiel beim Spiritus-Monopol. Das Monopol vererblich, kann aber durch den Staat nach der Kontingente, hält eine gewisse Staatskraft der Preise aufrecht, ist aber auch diktatorisch in den Preisen. Wir sehen es bei der Post, die uns die Gebühren erhöhen kann, wie sie will. Sie hat das Monopol der Brief- und Telegrammabfertigung. Sie kann jeden Geschäftsmann belagen, der es wagt, einen geschlossenen Brief durch einen Boten zu befördern.

Das Zündhölzchen-Monopol soll nun, wie man hört, noch kein Zusammenstoß aller Zündhölzchenfabriken sein, sondern mehr als Verkaufsstelle unter Staatskontrolle gestellt. Da aber Herr Kreuger, der Schwendentriff-Beförderer, für das Monopol eingeleitet hat, wird er wohl in diesem Monopol die zweite, wenn nicht die ausschlaggebende Stimme haben. Der Staat soll die Verkaufspreise festlegen. Er legt sie also nicht nur für die Zündhölzchen, die der Schwendentriff fabriziert, sondern für alle Zündhölzchenfabriken. Alle dürfen nur zu einem vorgezeichneten Preise verkaufen. In diesem Falle soll also die Herr Kreuger unangenehme höhere Konkurrenz ausgeschlossen werden. Von diesem Grunde bringt uns dieses Monopol offensichtlich zunächst eine Vertueuerung. Mit dieser gewinnt allein Herr Kreuger, denn er kann mit seinen Söhnen arbeiten und braucht keine höhere Konkurrenz abzuwehren. Und folglich liegt in der Einführung des Monopols ein weites Entgegenkommen, eine recht hübscher Dank für die 500-Millionen-Markliche Selbstständigkeit mit Herr Kreuger es sich ausgedrückt haben, daß er das Risiko der Anleihe eingehen kann, daß er es selbst übernehmen kann, die Anleihen und etwaige höhere Zinsen der Anleihe zu tragen. Er wird die Ausgaben durch den höheren und höheren Gewinn, den das Monopol verbirgt, wettmachen.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche

Dienstag abends 8 Uhr im Bürgeraal

Bibelstunde

Rediger: Weitemann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlich eingeladen.

Eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben.

Hirsch, 26. Oktober. In einem Hause in der Malienstraße in Hirsch wurde am Freitag eine Falschmünzwerkstatt ausgehoben und falsche Fünf-, Zwei- und Einmarkstücke in Höhe von rund 1000 Rm. nebst Herstellungsmaterialien beschlagnahmt. Der Hersteller ist der 53jährige Gezeitenanstandsbesitzer Georg Sudbrucker. Während der polizeilichen Durchsicherung der Räume nahm Sudbrucker Gift, das er in einem Fläschchen bei sich führte. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit verstarb.

Die Befestigungssache Klop.

Regierungs- und Baurat Arnold festgenommen.

Berlin, 27. Oktober.

Die Kriminalpolizei nahm im Verlauf der Untersuchung der Befestigungssache der Tiefbauunternehmerin Martha Klop in Berlin-Panlow eine aufsehenerregende Verhaftung vor. Einer der leitenden Beamten des Eisenbahn-Betriebsamtes Stellener Bahnhof, der Regierungs- und Baurat Conrad Arnold wurde an der Seelmannstraße 48 in Charlottenburg, hi unter dem Verdacht der passiven Befestigung festgenommen worden.

Bei der Untersuchung ist weiteres Material gegen Beamte der Eisenbahn, der Post und des Magistrats gemeldet worden, so daß man wohl in Bälde mit neuen Festnahmen rechnen kann wird.

Nachlässigkeit, keine Beeinflussung.

Bei ausreichender Besetzung wäre der große Schaden vermieden worden.

Berlin, 25. Oktober.

Wie berichtet wird, bildet die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange, den Stadtrat Busch, die Stadtbauinspektoren Dr. Lehmann und Jögel, die jetzt durch den Oberpräsidenten erfolgte, den Abschluß der Untersuchungsverhandlungen des Oberpräsidenten über die Kreditgewährung der Stadtbank an die Klarets.

Das förmliche Disziplinarverfahren gegen die vier städtischen Beamten ist eingeleitet worden, weil diese ihre Aufsichtspflicht verletzt haben. Durch eine eingehende Untersuchung ist festgestellt worden, daß sich ohne die Nachlässigkeit dieser Beamten der große Schaden hätte vermeiden lassen.

Ein Verdacht, daß sich diese Beamten durch ihre Beziehungen zu den Klarets in ihrer Amtsausübung haben beeinflussen lassen, ist bisher noch nicht nachzuweisen gewesen. Aus diesem Grunde hat der Oberpräsident von der Verhängung der Amtsenthebung abgesehen.

Der Buchhalter Lehmann ist auf freien Fuß gesetzt worden. Es ist ihm gelungen, die verlangte Kaution von 16 000 Mark aufzubringen.

Lehmann hat sich sofort nach Verlassen des Gefängnisses seinem Hausarzt vorgelegt. Er will sich nach einigen Aufbesserungen, die ihm der Arzt verordnet hat, zu der neuen Anstellung äußern, die von der Staatsanwaltschaft gegen ihn erhoben worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat nämlich gegen Lehmann nicht nur den Vorwurf der Beihilfe zum Betrug, sondern auch den Vorwurf der Beihilfe zum Konturschaden erhoben.

Oberbürgermeister Böß wird in der seiner Rückkehr unmittelbaren folgenden Stadtratsversammlung noch nicht sprechen, sondern erst in der folgenden Sitzung am 7. November. Diese Sitzung wird speziell zum Zweck der Aussprache über die dem Oberbürgermeister gemachten Vorwürfe einberufen werden. Oberbürgermeister Böß beabsichtigt auch nicht, sich vor der fraglichen Stadtratsversammlung über die Angelegenheit in irgendeiner Form zu äußern.

Schneider, das Klarets-Opfer.

Beschleunigte Durchführung des Disziplinar-Verfahrens.

Berlin, 27. Oktober.

Der Oberpräsident von Brandenburg und von Berlin hat gegen den Bürgermeister des Bezirksamtes Berlin-Mitte, Fritz Schneider, das Disziplinarverfahren eröffnet und gleichzeitig die Suspension vom Amt verfügt.

Dem Untersuchungskommissar, Oberregierungsrat Tapolka, wurden die von der Staatsanwaltschaft mit

Schneider bereits angelegten Protokolle überliefert, da es im Interesse der Berliner Verwaltung notwendig erschien, zunächst die disziplinarische Frage zu regeln. Es bedeutete nämlich für die Berliner Verwaltung eine harte Befehlung, daß Bürgermeister Schneider, wenn er auch sein Dienztzimmer nicht mehr betrat, dennoch formell als Bürgermeister fungierte. Das Disziplinarverfahren gegen Schneider wird daher beschleunigt durchgeführt werden, um möglichst schnell den verwaltschaftlichen Befehl einer der wichtigsten Berliner Beamtinnen zu befehlen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpoststelle zu Remberg.

Der Medio-Klausier des Monats zeigt eine Abnahme der gesamten Kapitalanlage um 861 Mill. auf 2319,1 Mill. Mark. Der Geldumlauf hat sich um 88,5 Mill. Mark verringert, jedoch infolge der gleichzeitigen Erhöhung der Deckungsbestände sich die gesamte Deckung der Noten von 51,7 auf 59,02 % erhöhen konnte. Die in der Berichtswoch zur Veröffentlichung gelangte Deutsche Anleiheausbezahlung für September zeigte ein recht erhebliches Bild. Während die Einzahlung gegen den Vormonat um 34 Mill. Mark zurückgegangen ist, ist die Auszahlung um 14 Mill. Mark gestiegen, so daß nach Abzug von 67 Mill. Reparationsanleiheleistungen sich ein Anleiheüberschuß von 48 Mill. Mark ergibt. Der wachsenden Konjunktur entsprechend ist die Einzahlung von Rohstoffen zurückgegangen.

Auch in Mitteldeutschland setzte sich bis 19. d. Mts. die Arbeitslosigkeit fort, was hauptsächlich auf den Rückgang der Beschäftigung am Bauwerke, in der Metall- und Chemischen Industrie, im Brauereiwesen und allgemein in der Gruppe der Einzelhandelsunternehmen ist. Die Preise der Glasindustrie des Thüringer Waldes nimmt an Umfang zu, jedoch erhöhen 100 Personen auf diese Weise die Verdienstmöglichkeit genommen ist. Die Sparanlagen bei den öffentlichen Sparkassen Thüringens sind im August um 37 Mill. auf 174,5 Mill. Mark gestiegen.

Die Contoverrechnungen weisen auf ein mittleres, zum Teil unter dem Mittel liegendes Contoergebnis hin. Die Rückstände sind allgemein als schlecht bezeichnet.

In der Berichtswoch nahm die städtische Ausbreitungsarbeit an der Wäre - teilweise verstärkt durch große Wohngebiete - ihren Fortgang. Am Weltmarkt ist nach der noch vorigen Woche bestehenden Anspannung eine lässigere Erleichterung eingetreten, was in erster Linie im Sinken der Zinssätze für Tagesgeld zum Ausdruck kommt.

Der heutigen Gesamtausgabe liegt ein Verbandsblatt der Stadtpoststelle Remberg zum Weltpartag am 30. Oktober 1929 bei, das wir der ganz besonderen Beachtung unserer Leser und Leserinnen empfehlen.

Gelegenheits-Geschenke

empfehlen in reicher Auswahl billigst

Richard Arnold, Leipziger Straße 64

Wenn Sie wüßten, welche enormen Vorteile Ihnen die **Miele Elektro-Waschmaschine** bringt, dann würden Sie wahrscheinlich längst elektrisch waschen.

Weshalb quälen Sie sich noch mit der Handwäscherei?

Für 20-30 Pfg. Strom wäscht die „Miele-Elektro“ die Vierwöch-Wäsche einer 5-6 köpfigen Familie bei schonendster Behandlung ohne Vor- und Nachwäsche.

Die „Miele-Elektro“ spart Ihnen mindestens 50% an Zeit und Geld.

Sollten die großen Vorteile Sie nicht veranlassen, sich einmal ernstlich mit dem Gedanken zu beschäftigen, ob es nicht auch für Sie zeitgemäß ist, in Ihrer Waschküche Elektrizität nicht nur zur Beleuchtung, sondern auch zum Waschen zu verwenden,

Die „Miele“ ist in Deutschland am meisten verbreitet. Es gibt Orte wo in jedem 3. Hause eine „Miele-Elektro“ steht. In den Fachgeschäften wird Ihnen gern und kostenlos Aufklärung gegeben. Auf Wunsch weisen wir Bezugsquellen nach.

Mielewerke A.G. Gütersloh
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung: 9.-15. November 1929

Gewinne im Werte von 430 000 M.

- 2 Hauptgewinne: jeweils vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 M.
- 2 Prämien: jeweils Landhäuser im Werte von je 25 000 M.
- 2 Hauptgewinne: jeweils Landhäuser im Werte von je 20 000 M.
- 2 Hauptgewinne: jeweils Reisen um die Welt im Werte von je 10 000 M.
- 4 Hauptgewinne im Werte von je 5 000 M. und 40808 andere Gewinne.

Auf Wunsch 90% in bar

Los 1 M., Doppellos 2 M.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Hammel- und Rindfleisch

empfehlen **R. Krausemann**

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

- Vollst. schmerzlösendes Zahnziehen
- Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgalam
- Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
- Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Empfehle morgen **Dienstag früh 8 Uhr**

frühen Spedttuchen

sowie jeden Mittwoch 1 Uhr

Pfannentuchen und Spritztuchen

Hermann Busch

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spelengulag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Zuerantwortung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Stadttheater Wittenberg

Am Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Blauer Hecht“

Eröffnungs-Vorstellung der Winterpielzeit!

Der große Operettenerfolg

Der Soldat der Marie

Operette in drei Akten von L. Ucher

Musikalische Leitung: R. Walter

Regie: Curt Preiß
Hauptdarsteller:
Lidbi Perlinski, Mizzi Durs, Ida Gild, Hela Kraus
Ernst Franke, Curt Preiß, Fritz Neumann u. a.
Preise: Sperrnis num. 1.80 M., 1. Platz num. 1,50 M., 2. Platz 1.— M., Galere 60 Pf.
Vorverkauf Buchhandlung Arnold

Nachmittags 4 Uhr: Große Kindervorstellung

Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen

Ein reizendes Kinder-Märchen in 3 Bildern von C. A. Görner
Preise: 30 und 50 Pfennig

Mittwoch früh

früher Schellfisch

Paul Mierhschte

Glückwunschkarlen

für alle Gelegenheiten

empfehlen **Rich. Arnold**

Bürger-Berein

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr im Ratstheater

Bersammlung

Der Vorstand

Wir danken hierdurch recht herzlich für die uns zu unserer Hochzeit in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke

Kemberg, im Oktober 1929

Fritz Urbahn und Frau
Berta geb. Kotzsch

Sonabend abend 9 1/2 Uhr erlöste Gott von ihrem langen schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Auguste Nitzschke
geb. Richter

im fast vollendeten 72. Lebensjahre

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Familie Louis Richter

Kemberg, den 28. Oktober 1929

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Kemburger Sonntagblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik u.ä. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Diebstahl- und Diebstahlversicherer oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. — Beilagengebühren: 10.— M. das Kreuzband, zusätzlich Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 128

Dienstag, den 29. Oktober 1929

31. Jahrg.

Kirchensteuern

erstes Halbjahr, fällig bis 1. Oktober d. Js., sind nun umgehend zu entrichten.

Der Gemeindefiskus

Linkskurs in Frankreich?

Brind wurde gestützt, weil man die Ministerpräsidentenschaft dem rechtsorientierten Tardieu in die Hände spielen wollte. Jetzt soll auf Brind der weit linksorientierte Daladier folgen, — man sieht, Urache und Wirkung politischer Aktionen stehen häufig nicht im rechten Verhältnis zueinander. Brind ist gestützt worden, weil der rechte Flügel seiner Regierungsmehrheit von ihm abfiel. Jetzt kommt der linke Flügel der Kammer, die Radikalsozialisten und die Sozialisten,

Neues in Kürze.

- Ein interessantes Zeitdiplom für die ungeliebte Parteienzerstückelung haben die in der Provinz Sachsen eingetragenen Wahlvereinigungen zu den Provinzialparlamentarischen Wahlen, die nicht weniger als zwanzig Listen umfassen.
- Mussolini feierte in einer Ansprache an seine Anhänger den außerordentlichen Aufschwung, den Italien im Zeichen des Faschismus mit besten Beispielen genossen habe.
- Die Prognose, die einer Regierung Daladier in Frankreich gestellt wird, ist nicht besonders günstig, falls eine Beteiligung der Sozialisten nicht gelingen sollte.
- Neue Kämpfe an der mandchurischen Front lassen China an den Vorkriegsstand zurückfallen als die einzige Nation, die weiteres Blutvergießen verhindern könne.

326 Stimmen verfügen könnte bei einer Gesamtzahl von 611 Kammerabgeordneten. Es würde von Fall zu Fall außerdem die Unterstützung der sogenannten Linksrepublikaner der Partei Poincaré mit 84 Stimmen gewinnen können. Es würde sich also um eine ziemlich harte Regierung handeln.

Verlagen aber die Sozialisten ihre Mitwirkung, so bleibt Daladier nur die Bildung eines gemäßigten Linksministeriums, eines Minderheitskabinetts, übrig, das mit den Radikalsozialisten, den republikanischen Sozialisten, den französischen Sozialisten, den Linksradikalen und den Linksrepublikanern über 250 und mehr Stimmen verfügen würde. Eine solche Regierung würde dann freilich als Minderheitskabinetts nur in der Lage sein, die Außenpolitik, wie Brind sie mit den Haager Verhandlungen eingeleitet hat, bis zum Abschluß zu führen. Bei dieser Aktion könnte es auf die Unterstützung der Sozialisten ankommen, die ja Brinds Politik in vollem Umfange gebilligt haben. Danach aber würden neue Versuche einsehen müssen, eine stabile Regierung herbeizuführen. Brind könnte in der einen wie in der anderen Kombination wieder das Außenministerium übernehmen, und beide Möglichkeiten der Regierungsbildung würden außerdem eine Garantie dafür bieten, daß Brinds Außenpolitik unverändert fortgeführt wird.

„Ein Rückfall in die Barbarei“.

Um die Freigabe deutschen Eigentums.

Berlin, 26. Oktober.

Nachdem kürzlich der „Manchester Guardian“ für die Freigabe der Liquidationsüberschüsse fortgenommenen deutschen Privateigentums in England eingetreten war, nachdem andere englische Blätter wie z. B. der „Economist“, der „New Statesman“ und die „New Coal Trades Review“ sich für die Freigabe eingelassen hatten, kündigt jetzt der frühere Handelsminister MacDonnell in der „Times“ an, daß er die Sache schließlich erneut im Unterhaus zur Sprache bringen werde. Er wendet sich gegen

die Auffassung des englischen Sachganges, wonach der Liquidationsüberschuss Deutschlands auf die alte 192-Milliarden-Rechnung aufgeschrieben werden soll und schreibt dazu, daß der Liquidationsüberschuss „auf diese Weise eine zusätzliche Reparation auf Kosten von privaten deutschen Bürgern darstellen würde, deren einzige Schuld darin bestünde, daß sie uns ihr Eigentum anvertraut haben.“ Durch

Rückgabe des Liquidationsüberschusses

würde England „einen guten geschäftlichen Schlag führen, es würde nämlich einen Fled entfernen, der nach Ansicht eines wichtigen Teils der durch gemeinsame Interessen verbundenen europäischen Handelskreise unser Ansehen beeinträchtigt, und zwar unter Ansehen hinsichtlich finanzieller Zuverlässigkeit und hinsichtlich reinlich gemessenhafter Achtung von Privateigentum, das man London als den finanziellen Mittelpunkt der Erde zur sicheren Aufbewahrung anvertraut.“ Auch John Galsworthy, der gelehrte und empfindliche englische Schriftsteller unserer Zeit, richtet in der „Times“

einen scharfen Angriff

gegen die englische offizielle Liquidationspolitik, erklärt sie für einen Rückfall in die Barbarei und verlangt ungenügend die Rückgabe der überschüssigen Liquidationserlöse.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Optimismus in Warschau.

Warschau, 27. Oktober.

Politische Blätter berichten dieser Tage, daß in Warschauer politischen Kreisen die Aussichten für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen außerordentlich günstig seien. Man glaube in Warschau, daß ein provisorischer Vertragsabschluß und damit eine Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges noch in diesem Jahre zu Stande kommen würde.

Der deutsche Gesandte Kausch legt gegenwärtig die vor einiger Zeit in Warschau begonnenen Verhandlungen fort. Kausch hatte vor kurzem in

Berlin über seine bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet. Man darf ohne weiteres annehmen, daß bei den Warschauer Verhandlungen Kausch außer den eigentlichen Handelsfragen auf der ganzen Komplex der deutsch-polnischen Streitfragen erörtert worden ist.

Generer dürfte bei den Verhandlungen zwischen Kausch und Jaksch auch die große Kritik der polnischen Regierung gegen das Deutschstum in Polen und Pommern eine Rolle gespielt haben.

Wenn man in der Warschauer Presse namentlich bereits den teilweisen Abschluß des Handelsabkommens als nahe bevorstehend bezeichnet, so heißt dem entgegen, daß der umfangreiche Fragenkomplex nicht gerade geeignet ist, das Tempo der Verhandlungen zu beschleunigen, zumal die Polen mit neuen Forderungen herortreten sind.

Der deutsche Vorschlag sich betreffend die gegenseitige Aufhebung der Kampfbeschränkungen, die gegenseitige Zuerkennung der Weisheitsbegünstigungskartell und ein ständiges Konsultationsinstitut zugunsten Polens vor.

Polen verlangt aber eine entsprechende Modifikation der deutschen Veterinärbestimmungen, welche die Einfuhr von polnischen Rindfleischprodukten nach Deutschland ermöglichen soll. Demgegenüber wird von deutscher Seite geltend gemacht, daß die Interessen der deutschen Landwirtschaft durch eine solche deutsche Konzeption beeinträchtigt würden. Es müßten daher, falls sich im Laufe der Verhandlungen infolge weitgehender polnischer Konzeptionen tatsächlich die Notwendigkeit für eine solche deutsche Konzeption erweisen sollte, noch

umfangreiche Sicherungen

für die deutsche Landwirtschaft festgelegt werden. Auch eine völlige Klärung der Niederlassungsfragen wird in dem Abkommen geschaffen werden müssen. — und zwar auf der Grundlage des leinerzeit von Stresemann und Sazonoff abgeschlossenen Protokolls. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß seitens der Reichsregierung die Höhe der Polen zu gewährenden Konzessionen für Kohle und Schweine von den polnischen Zugeständnissen abhängig gemacht werden wird. Die Verhandlungen sind, wie nochmals betont werden muß, nur darauf abgesehen.

ein Abkommen auf seiner Grundlage zu bringen. Die Frage der Höhe der einzelnen Vertragsartikeln ist in diesen Verhandlungen vorbehalten. Es bleibt abzuwarten, ob sich der in der polnischen Presse geäußerte Optimismus als berechtigt erweist.

Daladier in Front.

Mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Paris, 25. Oktober.

Der Vorsitzende der Radikalsozialistischen Partei, Daladier, trat beim Präsidenten der Republik ein, um über die Neubildung des Kabinetts zu beraten.

Nach etwa dreiwöchentlichiger Unterredung verließ Daladier das Elysee und erklärte, der Präsident habe ihm mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Daladier habe ihn gebeten, ihm Zeit zu lassen, um sich mit seinen politischen Freunden zu beraten. Er werde ihm am Sonnabend um 3 Uhr über das Ergebnis dieser Beratungen in Kenntnis setzen. Daladier begab sich sofort nach Reims, wo der radikalsozialistische Kongress stattfand.

Nach altem parlamentarischen Brauch war voranzuziehen, daß der Staatspräsident den Führer der größten Partei mit der neuen Kabinettsbildung beauftragte. Brind selbst war es, der Daladier mit den Worten: „die Radikalen haben mit der Bildung der Regierung die Verantwortung der Radikalen auf mich übertragen“ als den kommenden Mann vorgeschlagen hat. Sollte Daladier die Bildung eines Kabinetts gewinnen, so wäre allerdings die Kritik überaus schnell gelöst. Er hat die Abbits, Brind und Chéron zu bitten, auch in einer radikalen Regierung die Parteiführer des Auswärtigen und der Finanzen zu behalten. Es liegt aber noch nicht fest, ob Brind selbst gewillt ist, in diese Regierung einzutreten. Wenn ja, so würde es sich um ein Links-kabinetts handeln, das ausgesprochen radikalsozialistische Färbung hätte und mit der wohlwollenden Neutralität bzw. der parlamentarischen Unterirdung der Sozialisten arbeiten könnte. Ob es allerdings als Regierung werden würde und nicht lediglich als Übergangsregierung betrachtet werden müßte, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden, da es selbstverständlich darauf ankommt, welche Aufnahme es bei den rechts von den Radikalsozialisten stehenden Kammergruppen finden würde.

Daladier wieder in Reims.

Allgemeiner Auf: Brind muß wiederkehren!

Paris, 27. Oktober.

Daladier ist nach seiner Besprechung mit Staatspräsident Doumergue und nach einem Besuch des ehemaligen Ministerpräsidenten Brind wieder in Reims eingetroffen.

Ein Vertreter des „Journal“ hatte in Reims Unterredungen mit zahlreichen radikalen Ministern, die alle die Rückkehr Brinds in den Quai d'Orsay fordern. Als Daladier aus Paris nach Reims zurückkehrte, machte er



...der die dem teins ungen... sehr netts... arter, ch die ehter leicht de zu rind etene in be... Ein... den... Müller des linken Parteiführers, Daladier, mit dem Führer der Parteimitte, Serriot, und dem Führer des rechten Flügels, Coiffaux, in eine Front gebracht. Die Frage ist nur, ob es Daladier, der also bei seinen Verhandlungen die Gesamtpartei hinter sich hat, gelingend wird, eine Regierung zu bilden, die Dauer verspricht, oder ob er nur ein Provisorium zustande bringen kann.

Die Entscheidung hierüber hängt von der Sozialistischen Partei ab, — die Radikalsozialisten sind ja keine Sozialisten im deutschen Sinne, sondern eine fast sozial und demokratisch orientierte bürgerliche Partei, die rechts von den eigentlichen Sozialisten steht. Die Sozialisten haben es bisher stets abgelehnt, Minister in ein Kabinetts zu entsenden, in dem auch bürgerliche Minister sitzen. Sie sind durch das Votum eines Parteitagess zu dieser Stellung verpflichtet, und es wird nun darauf ankommen, ob sie sich dazu entschließen, durch Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung diese bisherige Stellungnahme zu ändern und mit bürgerlichen Parteien veramtlichlich zusammenzuarbeiten, oder ob sie einem Kabinetts Daladier nur ihre Unterstützung von Fall zu Fall ohne die Entsendung von Ministern zulegen wollen. Gelingt es Daladier, die Unterstützung der Sozialisten zu erhalten, so kann er ein Mehrheitskabinetts bilden, das in außenpolitischer Hinsicht eine einheitliche geschlossene Front bilden würde, und das sich wohl auch über viele Fragen der Innenpolitik, der in Frankreich bevorstehenden Steuerreform und der Sozialpolitik einigen könnte. Ein solches Kabinetts müßte die Gruppe der Sozialisten mit 100 Mandaten, die Radikalsozialisten Daladiers selbst mit 125 Sitzen, weiter die Linksradikalen, die Partei Vougeurs, mit 54 Mandaten, die zwei Gruppen der republikanischen Sozialisten mit 18 Mitgliedern, und der sogenannten französischen Sozialisten mit 13 Mitgliedern unter der Führung Brinds umfassen, dazu würde noch die kleine Gruppe der unabhängigen Linken mit 16 Sitzen wahrscheinlich hinzugezogen werden, so daß Daladier mindestens über